



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos SPD**

Bayerische Interessen schützen – Hände weg von der öffentlichen Daseinsvorsorge und zentralen Schutzstandards bei den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen EU/USA (TTIP)

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass folgende in der EU und deren Mitgliedstaaten geltende Standards im Zuge der Verhandlungen der EU-Kommission mit den USA über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) nicht angetastet werden dürfen:

- Öffentliche Daseinsvorsorge und kommunale Selbstverwaltung,
- Zuständigkeit für den öffentlichen Personennahverkehr,
- Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte,
- Umweltstandards,
- Verbraucherschutzstandards und Standards zur Lebensmittelsicherheit,
- EU-Datenschutzstandards,
- Schutz der öffentlichen Gesundheit,
- Zuständigkeit der regionalen Gebietskörperschaften für kulturelle und regionale Vielfalt.

Ferner gilt es sicherzustellen, dass die Souveränität der nationalen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und deren Rechtsordnungen nicht durch sog. Investor-Staat-Streitschlichtungsmechanismen unterlaufen werden.

Begründung:

Aufgrund der – neben den angenommenen positiven ökonomischen Faktoren – möglichen negativen Auswirkungen des TTIP-Abkommens für die EU-Mitgliedstaaten und weit verbreiteter Befürchtungen in der bayerischen Bevölkerung, wesentliche soziale und ökologische Standards und politische Regelungen der EU könnten durch die TTIP-Verhandlungen zwischen der EU und den USA gefährdet sein, ist es notwendig, dies prinzipiell auszuschließen.